



Bartosz T. Wieliński ist Journalist der *Gazeta Wyborcza* und spezialisiert auf deutsche Fragen. Zwischen 2005 bis 2009 war er Korrespondent für diese Zeitung in Berlin.

PERSPEKTIVEN AUF DAS WIEDERVEREINIGTE DEUTSCHLAND

EINDRÜCKE AUS POLEN

Bartosz T. Wieliński

„Die Deutschen anzufeuern, das zeugt von fehlendem Respekt gegenüber vorangehenden Generationen“¹ postete der bekannte Sportjournalist Krzysztof Stanowski auf seiner Facebook-Seite und löste damit in Polen eine Diskussion aus. Es war der 9. Juli 2014, ein Tag nach dem Halbfinale Deutschland – Brasilien, als die deutsche Mannschaft die Gastgeber mit 7:1 aus der Weltmeisterschaft kickte. Der bekannte Witz lebte wieder auf: Beim Fußball stehen 22 Personen auf dem Spielfeld und am Ende gewinnen die Deutschen. Aber Stanowski dämpfte die Stimmung. „Je länger ich lebe, umso mehr wird mir klar, wie wenig Zeit seit diesen Verbrechen, seit dem Völkermord vergangen ist. Es tut mir leid, aber ich feuere die Deutschen nicht an. Ihr könnt mir erklären, dass das inzwischen andere Menschen sind – und okay, es sind vielleicht andere. Aber sie sollen von mir und meiner Familie fern bleiben“, schrieb er. Hunderte seiner Leser stellten ihm daraufhin die Frage, was er über den Zweiten Weltkrieg wisse und wieso er meine, dass sich Deutschland nicht verändert habe. Doch Stanowski fand auch Unterstützer für seine Haltung, weshalb er in einem weiteren Eintrag unterstrich: „Für einen Polen gehört es sich einfach nicht, die Daumen dafür zu drücken, dass ganz Berlin vor Glück außer sich ist (und

1 | Łukasz Woźnicki, „Dziennikarz sportowy o mundialu: ‚Kibicowanie Niemcom to brak szacunku dla poprzednich pokoleń!’“ (Ein Sportjournalist über die Weltmeisterschaft: „Die Deutschen anzufeuern, das zeugt von fehlendem Respekt gegenüber vorangehenden Generationen“), *Gazeta Wyborcza*, 09.07.2014, http://wyborcza.pl/1,75478,16299944,Dziennikarz_sportowy_o_mundialu___Kibicowanie_Niemcom.html [08.10.2014].

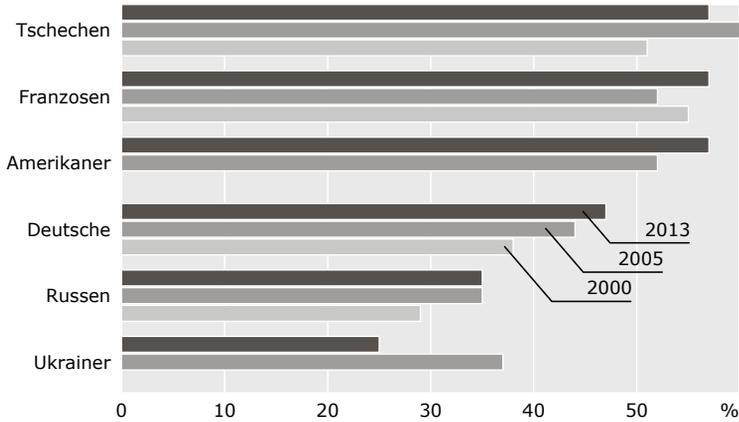
wenn ganz Berlin verrückt spielt, dann auch eine große Schar deutscher Greise). Das ist ein Faustschlag gegen die Geschichte.“²

Aus den letzten Umfragen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten geht hervor, dass fast 50 Prozent der Polen Sympathien für die Deutschen empfinden, 15 Prozent würden dies nicht tun. Die entschiedene Mehrheit ist der Meinung, dass Polen und Deutschland zusammenarbeiten müssen.³ Deutschland ist Polens wichtigster Handelspartner. 2013 erreichte das Handelsvolumen der beiden Nachbarn einen Umfang von mehr als 78 Milliarden Euro. Einfuhren aus und Ausfuhren nach Deutschland machen jeweils mehr als ein Viertel des polnischen Gesamthandels aus.⁴ Zudem zeichnen sich die Wirtschaftsbeziehungen durch ein hohes Maß an Direktinvestitionen aus, und zwar in beide Richtungen. Der polnische Mineralölkonzern Orlen ist nur ein Beispiel, hinzu kommen zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen. Insgesamt wurden auf der anderen Seite der Oder im Jahr 2013 fast 1,4 Milliarden Euro investiert.⁵ In wirtschaftlicher Hinsicht könnte es ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer kaum eine bessere Bilanz der deutsch-polnischen Beziehungen geben. Aber das ist nur eine Seite der Medaille.

- 2 | Krzysztof Stanowski, „Jak co wtorek...“ (Wie jeden Dienstag...), *Weszlo*, 15.07.2014, <http://weszlo.com/2014/07/15/jak-co-wtorek-krzysztof-stanowski-72> [08.10.2014].
- 3 | Vgl. Agnieszka Łada, *Deutsch-Polnisches Barometer 2013. Das Bild Deutschlands und der Deutschen in der polnischen Gesellschaft nach zehn Jahren Gemeinsamer EU-Mitgliedschaft*, Instytut Spraw Publicznych (Institut für Öffentliche Angelegenheiten), Warschau, 2013, http://kas.de/wf/doc/kas_36301-1522-1-30.pdf [23.10.2014].
- 4 | Vgl. Germany Trade & Invest, „Wirtschaftsdaten kompakt – Polen“, 27.05.2014, http://www.gtai.de/GTAI/Content/DE/Trade/Fachdaten/PUB/2012/11/pub201211228003111_159160.pdf [08.10.2014].
- 5 | Vgl. Jacek Lepiarz, „Polacy ostro handlują z Niemcami“ (Die Polen handeln stark mit Deutschland), *wGospodarce*, 02.04.2014, <http://wgospodarce.pl/informacje/12000-polacy-ostro-handluja-z-niemcami-okna-i-zywnosc-zdobywaja-portfele-niemieckich-klientow> [08.10.2014].

Abb. 1

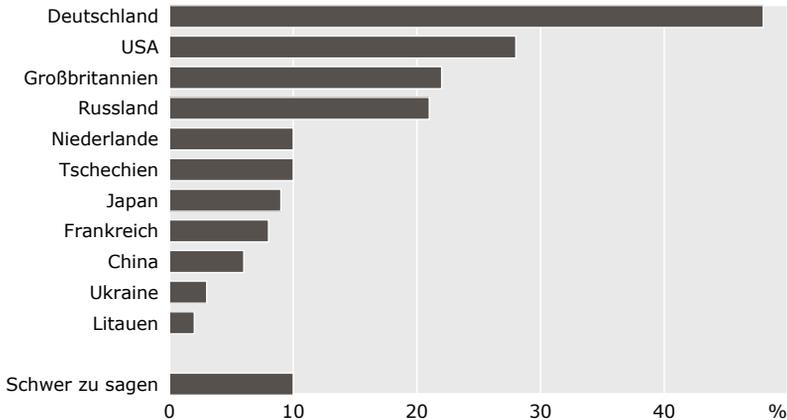
**Verhältnis der Polen zu einzelnen Nationen:
Sympathiegrad aus den Jahren 2000, 2005 und 2013**



Quelle: Eigene Darstellung nach Łada, Fn. 3, 20.

Abb. 2

**Länder, mit denen nach Meinung der Polen ihr Land am
engsten kooperieren sollte**



Quelle: Eigene Darstellung nach Łada, Fn. 3, 34.

Für die polnischen konservativen Rechtsparteien bleibt Deutschland ein Feind und Ziel propagandistischer Angriffe. In den letzten Monaten haben die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) von Jarosław Kaczyński sowie Gruppierungen von Politikern, die PiS verlassen haben oder von ihr ausgeschlossen wurden, ihre verbalen Angriffe verstärkt. Herangezogen wurde dabei interessanterweise die Klimapolitik. Stimmen aus diesem

Lager warnten, dass Deutschland mit seiner Forderung nach weniger Kohlendioxidausstoß die polnischen Bergwerke vernichten wolle.⁶ Weiter hieß es, Deutschland bebraube die dort lebenden Polen ihrer Nationalität, weil ihnen nicht der Status einer nationalen Minderheit zugesprochen werde.⁷ Dass sich die deutsche Politik hinter Polens Rücken mit Moskau einigen würde, ist eine weitere Anschuldigung von rechts. Dazu gehört auch der Vorwurf, dass der ehemalige polnische Ministerpräsident (und neue EU-Ratspräsident) Donald Tusk eine Marionette Berlins sei, und Polen unter seiner Regierung ein Satellitenstaat Deutschlands.⁸

Dass sich die deutsche Politik hinter Polens Rücken mit Moskau einigen würde, ist eine der Anschuldigungen der polnischen Rechtsparteien.

Als in diesem Frühjahr Russland der Ukraine die Krim entriß und (nicht nur) in Polen die Diskussion aufkam, dass es notwendig sei, die Präsenz der NATO in Osteuropa zu stärken, erklärte Jarosław Kaczyński seine Ablehnung, Einheiten der Bundeswehr in Polen zu stationieren: „Ich würde mir keine deutschen Truppen wünschen. Es muss wenigstens sieben Generationen dauern, um dies zuzulassen“,⁹ sagte er unter Verweis auf die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs. Als Tusk am 30. August 2014 zum Präsidenten des Europäischen Rats bestimmt wurde, schlugen Politiker der PiS und ihr nahe stehende Publizisten dieselben Töne an: „Ist der Vasall belohnt worden?“, fragte via Twitter Zdzisław Krasnodębski, Europa-Abgeordneter der PiS. „Tusk ist auf diese Weise belohnt worden, weil er Deutschland keine Scherereien bereitet hat“,

6 | Vgl. „Niemcy dążą do zniszczenia polskiego węgla“ (Die Deutschen streben danach, die polnische Kohle zu vernichten), PiS, 20.06.2014, <http://www.pis.org.pl/article.php?id=23057> [08.10.2014].

7 | Vgl. „Posłanka PiS: Niemcy dyskryminują Polaków“ (Abgeordnete der Partei Recht und Gerechtigkeit: In Deutschland werden Polen diskriminiert), *Telewizja Republika*, 31.01.2014, <http://telewizjarepublika.pl/poslanka-pis-niemcy-dyskryminuja-polakow-potrzebny-zespol-ds-mniejszosci-polskiej-w-niemczech,1360.html> [08.10.2014].

8 | Vgl. „Błaszczak: Polska ‚satelitą Niemiec‘“ (Polen ist ein Satellitenstaat Deutschlands), *Rzeczpospolita*, 19.08.2014, <http://rp.pl/artykul/1134096.html> [08.10.2014].

9 | „Kaczyński nie życzy sobie niemieckich wojsk w Polsce“ (Kaczyński wünscht sich keine deutschen Truppen in Polen), *Gazeta Wyborcza*, 02.04.2014, http://wyborcza.pl/1,75478,15730311,Kaczynski_nie_zyczy_sobie_niemieckich_wojsk_w_Polsce_.html [08.10.2014].

fügte der Publizist Bronisław Wildstein hinzu.¹⁰ Über solche Äußerungen aus dem PiS-Lager ließe sich hinwegsehen. Allerdings zeigen Umfragen vom August, dass jeder dritte Pole für diese Partei stimmen würde. Wie verträgt sich das mit dem Meinungsbild, wonach nur 15 Prozent der Befragten Antipathien gegenüber den Deutschen hegen?



Sportliche Nachbarn: Treffen die Fußballnationalmannschaften Polens und Deutschlands aufeinander, wie hier bei der EM-Qualifikation am 11. Oktober 2014, dann wird der Wettkampf zum medialen und emotionalen Ereignis. | Quelle: © Adam Litwiniuk, ATP, picture alliance.

Der Fußball war im deutsch-polnischen Kontext schon immer ein Auslöser negativer Gefühle. Vor Spielen beider Mannschaften wurden Ressentiments und alte Witze aufgewärmt und die Boulevardpresse leistete dazu ihren Beitrag. Zum Beispiel zeigten die deutsche *Bild* und die polnische *Fakt* (beide gehören zum Axel-Springer-Konzern) vor der Europameisterschaft 2008 geschmacklose Zeichnungen über die polnischen bzw. deutschen Fußballspieler. Politiker der ultrakonservativen (und extrem antideutschen) Liga Polnischer Familien forderten gar, den in Polen geborenen Stars der deutschen Nationalmannschaft, Miroslav Klose und Lukas Podolski, die polnische Staatsangehörigkeit abzuerkennen.¹¹ Immer wenn beide Mannschaften auf dem

10 | Sławomir Jastrzębowski, „Skrytykuję Kaczyńskiego, jeśli na to zasłuży” (Ich kritisiere Kaczyński, wenn er es verdient hat), *Super Express*, 05.09.2014.

11 | Vgl. „Odebrać obywatelstwo Podolskiemu i Klose” (Podolski und Klose muss die Staatsangehörigkeit aberkannt werden), *WP Wiadomości*, 09.06.2008, <http://wiadomosci.wp.pl/kat,48996,title,Orzechowski-odebrac-obywatelstwo-Podolskiemu-i-Klose,wid,10035827,wiadomosc.html> [08.10.2014].

Spielfeld aufeinander treffen, scheint dies in bestimmten Medien den beschriebenen Reflex auszulösen.

NOCH NICHT VERHEILTE WUNDEN

„Das deutsch-polnische Verhältnis ist neurotisch“,¹² schrieb vor einigen Jahren Adam Krzemiński, ein beiderseits der Grenze geschätzter Publizist und Nestor der polnischen Deutschlandkenner. Diese Diagnose gilt bis heute. Doch steht zu befürchten, dass diese Einschätzung nicht nur die älteren, konservativ eingestellten Polen teilen, sondern auch die jüngere Generation der 30- bis 40-Jährigen? Die Beobachtung täuscht nicht, dass unter den jungen Menschen etwas in die Brüche gegangen ist. Sie träumten von einem Europa, in dem Polen ein genauso normales Land wäre wie seine westlichen Nachbarn. Aufgrund ihrer recht kritischen Haltung zur eigenen Geschichte haben sie sich als Befürworter von Versöhnung hervorgetan. Das heißt zugleich, Verantwortung zu übernehmen, wie zum Beispiel im Fall des Pogroms an den jüdischen Bewohnern von Jedwabne 1941.

Aufgrund ihrer kritischen Haltung zur eigenen Geschichte befürworten junge Polen die Versöhnung.

Die nachfolgenden Generationen betrachten die Vergangenheit durch die Brille von Filmen und Comics, für sie ist die Geschichte schwarz-weiß, ähnlich, wie sie die konservative Rechte darstellt. Verschiedene Symbole bringen diese Haltung zum Ausdruck. Dazu zählt etwa der Anker des „Kämpfenden Polens“. Das Symbol der polnischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg tragen jungen Menschen auf T-Shirts oder sprühen es als Graffiti neben die Wappen ihrer Fußballmannschaften. In diesem patriotischen Fieber ist auch Platz für das „böse Deutschland“, das Land, in dem sich seit einem halben Jahrhundert nichts geändert hätte, das Polen auflauere, das man beim Sport nicht anfeuern dürfe. Es wird in Politik und Gesellschaft darüber gestritten, wie die Deutschen zu behandeln sind: als Freunde, Verbündete, Anwälte Polens bei seiner Rückkehr nach Europa oder als Nachkommen von Verbrechern und Revanchisten. Die Sichtweisen auf den Nachbarn schwanken zwischen diesen Bildern hin und her und sind konjunkturbedingt. Oberhand gewinnen die negativen Bilder, wenn

12 | Adam Krzemiński, „Inny widoczny Znak“ (Ein anderes sichtbares Zeichen), *Polityka*, 28.05.2009.

sich die populistischen Kräfte in Sicherheit wännen. Dieses Auf und Ab beeinträchtigt das deutsch-polnische Verhältnis und beweist, dass fast 25 Jahre seit der Wiedervereinigung ein zu kurzer Zeitraum sind, um aus dem Schatten der tragischen Geschichte herauszutreten.

Ein anderer Faktor, der die Beziehungen auf politischer wie gesellschaftlicher Ebene beeinflusst, ist Russland. Viele polnische Kommentatoren halten das für naiv, was in Berlin als rational, ausgewogen und verantwortungsbewusst gilt: zum Beispiel die Bemühungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank Walter Steinmeier, Russland zum Einlenken im Ukraine-Konflikt zu bewegen. Einige Stimmen von rechts außen gehen sogar darüber hinaus und werfen den Deutschen vor, die NATO zu unterminieren, die Ukraine in die russische Einflussosphäre zu drängen und deutschen Konzernen bessere Geschäfte mit Russland zu ermöglichen.¹³ Die deutsch-polnische Neurose zeigt hier ihre Symptome.

VERSÖHNUNG UND SOLIDARITÄT

Am 12. November 1989 fand im geschichtsträchtigen Kreisau bei Breslau eine Versöhnungsmesse statt, an der Ministerpräsident Mazowiecki und Bundeskanzler Kohl teilnahmen.

„Da war das Wirken des Heiligen Geistes zu sehen“,¹⁴ so erinnert sich Erzbischof Alfons Nossol an die Versöhnungsmesse in Kreisau bei Breslau (Wrocław). Dort wirkte zwischen 1940 bis 1944 die Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis, die Helmuth James von Moltke gründete. Am 12. November 1989 kamen Tadeusz Mazowiecki, der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident Polens, und Bundeskanzler Helmut Kohl an diesem geschichtsträchtigen Ort zusammen. Erzbischof Nossol führt weiter aus: „Diese Messe war ein Symbol der Versöhnung Gottes mit den Menschen, der Menschen mit Gott und der Menschen mit den Menschen. Johannes Paul II. hat uns gelehrt, dass wir andere Völker wie unser eigenes lieben sollen. Dass Patriotismus nicht auf dem Hass gegen andere aufbauen kann, sondern auf Liebe. [...] Das war ein großer Augenblick in der Geschichte beider Länder und der Kirche“.

13 | Vgl. Krzysztof Rak, „Niemiecki adwokat Putina“ (Der deutsche Anwalt Putins), *Rzeczpospolita*, 02.09.2014; Piotr Gabryel, „Oto jak Niemcy zdradzają Polskę“ (Wie Deutschland Polen verrät), *Do rzeczy*, 01.09.2014.

14 | Zit. nach Bartosz T. Wieliński, „Zaczęło się w Krzyżowej“ (Es begann in Kreisau), *Gazeta Wyborcza*, 11.12.2009.



Ein Zeichen für Frieden: Tadeusz Mazowiecki, der erste nicht-kommunistische Ministerpräsident Polens, setzte sich für die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland ein. Am 8. November 1990 diskutierte er mit Bundeskanzler Helmut Kohl über die Zukunft der beiden Nachbarstaaten. | Quelle: © Jan Bauer, Zentralbild, picture alliance.

Die Versöhnung zwischen Polen und Deutschen hat nicht erst im Jahr des Mauerfalls begonnen. Bereits 1965 übergaben die polnischen Bischöfe während der Beratungen auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil ihren deutschen Glaubensbrüdern einen Brief mit den historischen Worten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Eine ähnliche Geste ging von der deutschen Politik aus. Im Dezember 1970 kniete Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos. Als sich Ende der 1970er Jahre in Polen Protest gegen das kommunistische Regime bildete und die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* für politische Reformen eintrat, reagierten die Machthaber auf die wachsenden Unruhen im Land mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981. Während dieser Zeit (bis Juli 1983) erreichten 8,5 Millionen Hilfspakete aus der Bundesrepublik Polen.¹⁵ Der Faktor *Solidarność* ist nicht unwesentlich. Ohne ihn wäre es nicht zur Wiedervereinigung gekommen, die im Übrigen von vielen polnischen Oppositionellen unterstützt wurde.

15 | Vgl. Bartosz T. Wieliński, „Od stanu wojennego do ślubu“ (Vom Kriegszustand zur Heirat), *Gazeta Wyborcza*, 15.12.2011, http://wyborcza.pl/wyborcza/1,105226,10820519,Od_stanu_wojennego_do_slubu.html [08.10.2014].



Die Gewerkschaft *Solidarność* lehnte sich Anfang der 1980er Jahre erfolgreich gegen das kommunistische Regime auf. Die Streikbewegung der Werftarbeiter in Danzig, hier am 26. August 1980 mit Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa, dem späteren Staatspräsidenten Polens, wurde auch in der DDR aufmerksam verfolgt. | Quelle: © picture alliance/AP Images.

In diesem Kontext geht es nicht nur um die Kettenreaktion von 1989, als nach den polnischen Wahlen, bei denen die Opposition gewann und die Regierung Mazowiecki gebildet wurde, das kommunistische System in der DDR und weiteren Ostblockländern zusammenbrach. Das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (*Komitet Obrony Robotników*), eine Organisation, die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre polnische Dissidenten ins Leben riefen, und *Solidarność* übten eine Anziehungskraft auf die Menschen in der DDR aus. Flugblätter wurden geschrieben, die zur Solidarität mit polnischen Arbeitern aufriefen, der Schriftzug *Solidarność* tauchte als Graffiti auf. Die Stasi ging gegen solche Aktionen mit Härte vor.¹⁶ Doch im Grunde ohne Erfolg. Selbst hinter Gefängnismauern zeigte *Solidarność* Wirkung: Politische Häftlinge in Cottbus organisierten nach Verhängung des Kriegszustands einen Hungerstreik, um sich mit der Opposition im Nachbarland zu solidarisieren.¹⁷ In Polen entdecken die Menschen diese Geschichten erst jetzt. Bisher glaubten viele, dass die DDR-Bürger durch die kommunistische Hetze alles Polnische verabscheut hätten.

16 | Vgl. Bartosz T. Wieliński, „Zdławić *solidarność*“ (Die *Solidarność* ersticken), *Gazeta Wyborcza*, 06.12.2012.

17 | Vgl. Bartosz T. Wieliński, „*Solidarność* w tygryskiej klatce“ (*Solidarność* im Tigerkäfig), *Gazeta Wyborcza*, 17.07.2012.

ANNÄHERUNG MIT HINDERNISSEN

Polen und das wiedervereinigte Deutschland haben ihre Beziehungen auf neue Füße gestellt. Es gab 1989/1990 kaum oder keine Mechanismen für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, für Jugendaustausch oder Gemeinde- und Städtepartnerschaften. Die Oder-Neiße-Grenze war immer noch nicht anerkannt, der Status der in Polen lebenden Deutschen und der in Deutschland lebenden Polen war ungeklärt. Stattdessen gab es Misstrauen, unverheilte Wunden der Vergangenheit und propagandistische Reflexe in Politik und Medien.

Die Oder-Neiße-Grenze war 1989/1990 immer noch nicht anerkannt, der Status der in Polen lebenden Deutschen und der in Deutschland lebenden Polen war ungeklärt.

Als Deutschland sich wiedervereinigte, dachten die Polen nicht darüber nach, ob Deutschland nach einer hegemonialen Stellung in Europa streben würde. Die wichtigere Frage war, ob Deutschland die verlorenen Gebiete (Masuren, Pommern, Schlesien) zurückholen würde. Während der 45 Jahre, in denen die Volksrepublik Polen bestand, wurden die Polen mit dem Revanchismus der Deutschen verängstigt. Als sich Helmut Kohl 1990 den polnischen Forderungen widersetzte, noch vor der Vereinigung die Grenze an Oder und Neiße zu bestätigen,¹⁸ wurde das als Vertrauensbruch aufgefasst. Hier kam die deutsche Politik ins Spiel, denn der Bundeskanzler wollte die Vertriebenenverbände nicht enttäuschen.¹⁹ Dennoch lenkte er ein, auch dank des Eingreifens von Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Kurz nach der Wiedervereinigung wurde am 14. November 1990 der Grenzvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen unterzeichnet.

Bereits ein Jahr später begann die erste Runde der Gespräche über einen Beitritt Polens zur Europäischen Union. Die Brüsseler Delegation wurde von Jacek Saryusz-Wolski, dem polnischen Bevollmächtigten für europäische Integration, mit den Worten begrüßt: „Meine Damen und Herren, wir

18 | Róża Romaniec, „Trudna droga do traktatu“ (Ein schwieriger Weg bis zum Abkommen), *Deutsche Welle*, 13.11.2010, <http://dw.de/p/Q7zM> [08.10.2014].

19 | Funktionäre des Bundes der Vertriebenen führen ins Opolner Land, um für eine Volksabstimmung über die Zukunft Schlesiens zu werben, als ob die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur die DDR betreffe, sondern auch die Gebiete östlich der Oder. Vgl. Klaus Bachmann, „Widoczne znaki“ (Sichtbare Zeichen), *Newsweek Polska*, 08.11.2009.

sind nicht Afrika.“²⁰ Damit brachte Warschau den Wunsch zum Ausdruck, nicht wie ein Entwicklungsland, sondern als Partner behandelt zu werden. Dass dieser Wunsch nicht von ungefähr kam, zeigt ein Ereignis aus dem Jahr 1995. In Berlin wurde der 50. Jahrestag der Befreiung feierlich begangen. Polen wurde, obwohl es im Krieg eine enorme Zahl an Opfern erbringen musste, nicht eingeladen.



Auf EU-Kurs: Jacek Saryusz-Wolski machte in den Verhandlungen zur Aufnahme Polens in die EU von Anfang an klar, dass das Land ein gleichberechtigter Partner ist. Er ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und war u.a. dessen Vize-Präsident. | Quelle: David Plas, Europäische Volkspartei (EVP), flickr ©🇵🇱.

Mit Verwunderung schauten Mitte der 1990er Jahre die Polen zu ihren Nachbarn in Ostdeutschland. Sie konnten auf dem Weg nach Westdeutschland die großen Baustellen, die sich zwischen Oder und Elbe erstreckten, bestaunen. Aber die Nachrichten über Arbeitslosigkeit, Industriebrachen und den Wegzug in westliche Bundesländer sorgten für Ungläubigkeit. Die Bürger der ehemaligen DDR, die den Kommunismus erlebten, stimmen dieser These gewiss nicht zu, aber aus polnischer Sicht galt die DDR als Paradies. Es gab auch die Frage, wie Polen wohl ausgesehen hätte, wenn dort so viel Geld investiert worden wäre, wie es die Bundesrepublik für die Entwicklung zwischen Rügen und Erzgebirge ausgab.

20 | Zit. nach Bartosz T. Wieliński, „Mogliśmy być w niej wcześniej“ (Wir hätten früher in ihr drin sein können), *Gazeta Wyborcza*, 29.04.2014.

Als „Wunder“²¹ bezeichnete der ehemalige Außenminister und 2008 tragisch verunglückte Bronisław Geremek den Wandel der bilateralen Beziehungen. Einer seiner Vorgänger im Amt, der Historiker Władysław Bartoszewski, wird noch deutlicher: „Wenn mir jemand vor 60 Jahren, als ich geduckt auf dem Appellplatz des KZ Auschwitz stand, gesagt hätte, dass ich Deutsche, Bürger eines demokratischen und befreundeten Landes als Freunde haben werde, hätte ich ihn für einen Narren gehalten.“²² Bei der Aussöhnung spielten Persönlichkeiten auf beiden Seiten eine entscheidende Rolle. Ohne die Hartnäckigkeit und den Mut von Menschen wie Tadeusz Mazowiecki und Helmut Kohl, ohne das diplomatische Geschick der Außenminister Krzysztof Skubiszewski, Bartoszewski, Geremek und Genscher, ohne die Entschlossenheit und das Verständnis zahlreicher Gleichgesinnter wäre die deutsch-polnische Annäherung schwieriger verlaufen. Aber die Liste der verdienstvollen Persönlichkeiten beschränkt sich nicht auf Regierungschefs und Minister. Es sind die Bürgermeister, Lehrer, Aktivisten aus beiden Gesellschaften gewesen, die Vorurteile über Bord warfen und ihre Nachbarn besser kennenlernten.



Ohne das diplomatische Geschick der Außenminister Bronisław Geremek (r.) und Hans-Dietrich Genscher wäre die deutsch-polnische Annäherung schwieriger verlaufen. | Quelle: © Heinrich Sanden, picture alliance.

21 | Bronisław Geremek, „Polityka godziwa“ (Angemessene Politik), *Gazeta Wyborcza*, 18.05.2004.

22 | Zit. nach Bartosz T. Wieliński, „Polska i Niemcy. Starzy przyjaciele i młodzi awanturnicy“ (Polen und Deutschland. Alte Freunde und junge Krawallmacher), *Gazeta Wyborcza*, 13.08.2009.

STREITPUNKTE

Es hätte scheinen können, dass Warschau und Berlin mit dem Zeitpunkt des Beitritts Polens zur EU im Mai 2004 als Angehörige einer Familie alle Streitigkeiten auf zivilisierte Weise beilegen würden. Das waren jedoch trügerische Hoffnungen. Bereits 2002 kam es zu einem offenen Gegensatz. Die Vereinigten Staaten bereiteten unter Präsident George W. Bush eine Invasion des Irak vor, weil sie dem Regime von Saddam Hussein vorwarfen, die Terrororganisation Al-Kaida – verantwortlich für die Attentate vom 11. September – zu unterstützen und Massenvernichtungswaffen zu entwickeln. Einer zum Kriegseinsatz bereiten Allianz wollte sich die Regierung Schröder nicht anschließen, sie suchte stattdessen die Nähe zu Paris und Moskau. In Polen wertete die Öffentlichkeit die deutsche Haltung als Versuch, einen Keil zwischen Europa und die USA zu treiben, die NATO zu spalten und den irakischen Diktator zu schützen.

Die polnische Öffentlichkeit sah in der deutschen Haltung zum Irakkrieg 2003 den Versuch, einen Keil zwischen Europa und die USA zu treiben.

Für Polen sind das Nordatlantische Bündnis und die Bindungen an die USA heilig. Sie gelten als Versicherungspolice für den Fall eines Konflikts mit Russland. Darum beschloss das von Präsident Kwaśniewski und Premier Miller regierte Land, Washington zu unterstützen. Polnische Elitesoldaten und ein Kontingent wurden in den Irak verlegt. Die polnischen Bürger wussten damals nichts von dem 2002 finalisierten geheimen Abkommen zwischen dem polnischen und dem amerikanischen Geheimdienst. Es ermächtigte die Amerikaner dazu, auf dem Gelände des Ausbildungszentrums in Stare Kiejkuty ein geheimes Gefängnis für Gefangene aus dem Irak zu errichten. Erst 2005 brachten dies amerikanische Journalisten ans Licht, von den erschütternden Details erfuhr die Öffentlichkeit erst kürzlich.

Die transatlantischen Beziehungen bildeten den Hintergrund für weitere Differenzen. Die Übernahme der Regierungsgeschäfte 2005 durch die Partei Recht und Gerechtigkeit von Präsident Lech Kaczyński führte bald darauf zu medial geführten Sticheleien. Auslöser war eine Satire im Juni 2006 in der Tageszeitung *taz*: „Jarosław [Kaczyński] lebt mit der eigenen Mutter zusammen, aber wenigstens

ohne Trauschein“.²³ Der Text „Polens neue Kartoffel“, erschienen in der Reihe „Schurken, die die Welt beherrschen wollen“, verstärkte das Vorurteil, dass es um den Humor der Deutschen nicht gut bestellt sei. Dieser Beitrag fand sich in der Pressemappe wieder, die Präsident Kaczyński zur Vorbereitung auf den Jubiläumsgipfel des Weimarer Dreiecks erhalten hatte. Nach der Lektüre sagte er seinen Besuch in Deutschland ab, offiziell aus gesundheitlichen Gründen. Die damalige Außenministerin verglich die *taz* mit dem Naziblatt *Der Stürmer* und die polnische Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren gegen den deutschen Autor wegen Beleidigung eines Staatsoberhauptes ein. Jarosław Kaczyński machte sich, als er im Juli 2006 Ministerpräsident wurde, daran, die Privilegien der deutschen Minderheit einzuschränken. Zum Skandal wurden die Manöver der Bundesmarine auf der Ostsee hochstilisiert, durch die eine polnische Fähre ihren Kurs ändern musste.²⁴



Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der nationalkonservativen PiS und ehemaliger polnischer Ministerpräsident, ist bekannt für deutschlandkritische Töne, die er nutzt, um innenpolitisch zu punkten. | Quelle: Piotr Drabik, flickr ©©.

Aber der schärfste Streit entbrannte um die Geschichte. Es ging um die Ansprüche, die die „Preußische Treuhand“ gegenüber Polen geltend machte, um für Vertriebene

23 | Peter Köhler, „Polens neue Kartoffel“, *taz.die tageszeitung*, 26.06.2006.

24 | Vgl. Andrzej Kraśnicki jr. und Bartosz T. Wieliński, „Polski protest w sprawie Bundesmarine“ (Polnischer Protest in Sachen Bundesmarine), 24.08.2006.

Die Vertreibungen nach Kriegsende und der Umgang mit den Hinterlassenschaften wurden nach 1989 zum Gegenstand intensiver gesellschaftlicher Debatten.

Entschädigungszahlungen für ihr auf polnischem Gebiet zurückgelassenes Eigentum zu fordern. Zum gleichen Zeitpunkt kamen die Diskussionen um das vom Bund der Vertriebenen unterstützte „Zentrum gegen Vertreibungen“ auf. Unabhängig davon, wer in Warschau regierte, sollten jene Vorhaben in Polen auf Widerstand stoßen. Wenn die Nachkommen einstiger Vertriebener Entschädigungen bekommen sollten, hätte das die europäische Nachkriegsordnung auf den Kopf gestellt. Die Vertreibungen nach Kriegsende und der Umgang mit den Hinterlassenschaften wurden nach 1989 zum Gegenstand intensiver akademischer und gesellschaftlicher Debatten. Darüber sollte nicht vergessen werden, dass sich viele polnische Bürger und Gemeinden um deutsche Kulturdenkmäler oder Friedhöfe kümmern.

Mit Blick auf das „Zentrum gegen Vertreibungen“ hieß die polnische Argumentation, dass ein Ausstellungskonzept über alle Vertreibungen des 20. Jahrhunderts – wie von Erika Steinbach befürwortet – die Singularität der Naziverbrechen überdecken würde. Man befürchtete mit diesem Vorhaben eine Manipulation der Geschichte. Auf deutscher Seite zeigte sich Verständnis für diese Sorgen. Bereits Bundeskanzler Schröder hatte angekündigt, dass sich Berlin, wenn die Frage von Entschädigungen für Vertriebene vor einem Gericht behandelt werden sollte, auf die Seite Warschaus stellen würde. Den Bau des „Zentrums“ stellte die deutsche Linke gänzlich infrage. Als Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde, wiederholte sie die Verpflichtung ihres Amtsvorgängers.²⁵ Sie beschloss außerdem, dass nicht der Vertriebenenverband an die Vertreibungen erinnert, sondern die Bundesregierung, die den Vertriebenen ein Museum errichtet. Der damaligen Regierung Kaczyński genügte dies jedoch nicht.

Im Dezember 2006, als die Preußische Treuhand ankündigte, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage gegen Polen einzureichen, meinte Außenministerin Anna Fotyga, der Grenzvertrag mit Deutschland müsse neu verhandelt werden. Im Juni versuchte 2007 ihre Regierung,

25 | Vgl. Bartosz T. Wieliński, „Rząd Niemiec po stronie Polski“ (Die Bundesregierung auf Seiten Polens), *Gazeta Wyborcza*, 05.08.2006.

die Verhandlungen zum EU-Reformvertrag von Lissabon zu torpedieren. Das deutsch-polnische Verhältnis verschlechterte sich zusehends und man steuerte auf einen Tiefpunkt zu. Die gegenseitigen Vorwürfe ähnelten denen der 1960er und 1970er Jahre: Die Deutschen seien Revanchisten und hätten noch immer nicht mit dem Nationalsozialismus abgeschlossen.



Die Chemie stimmt: Bundeskanzlerin Angela Merkel und der neue Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk sind in Freundschaft verbunden. Mit der Wahl Tusks 2007 zum polnischen Ministerpräsidenten verbesserten sich die bilateralen Beziehungen spürbar. | Quelle: Europäische Volkspartei (EVP), flickr ©.

AUSBLICK

Im Oktober 2007 gingen Donald Tusk und seine Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) als Sieger aus den Wahlen hervor. Das Klima im bilateralen Verhältnis verbesserte sich damit spürbar. In die einzelnen, hier kurz behandelten Streitfragen kam Bewegung. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wies die Klagen der Preußischen Treuhand ab. Ins wissenschaftliche Gremium, das die Ausstellung im Museum der Vertriebenen vorbereitet, wurden zwei renommierte Historiker aus Polen zur Mitarbeit eingeladen. Vor zwei Jahren bekannte Angela Merkel in einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza*, sie sei ein Polen-Fan. Eine Erklärung liefert wohl ihre Jugendzeit, die Ferien führten sie oft ins Nachbarland. Dort spürte sie eine Freiheit, die in der DDR undenkbar gewesen wäre. Seit Beginn ihrer Kanzlerschaft reiste sie mehr als zehn Mal zu offiziellen Anlässen nach Polen. Dass zwischen Merkel und

Tusk die persönliche Chemie stimmt, war gewiss förderlich, das bilaterale Verhältnis zu festigen.

Auf europäischer Ebene entstand zwischen beiden Ländern ein informelles Bündnis. Deutschland unterstützte Polen bei den EU-Haushaltsverhandlungen. Im Gegenzug schloss sich Tusk der Haltung Berlins an, angesichts der Finanzkrise auf die Konsolidierung der Haushalte zu setzen und Reformen einzuleiten. Die Bindung zwischen den Hauptstädten wurde so stark, dass einige Publizisten die Idee aufwarfen, Polen solle das zunehmend kränkelnde Frankreich im deutsch-französischen Motor der EU ablösen. „Polen hat aufgehört, ein Problem zu sein, jetzt löst es Probleme“,²⁶ hieß es unter Diplomaten. Das Bild Polens in Deutschland hat sich nachhaltig verändert. „Polnische Wirtschaft“ bedeutet nicht mehr Chaos, sondern Ordnung, Stabilität und wachsender Wohlstand. Die Krönung dieser Annäherung war die Wahl von Donald Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates. Ohne die Unterstützung der Kanzlerin wäre dies nicht möglich gewesen.

Eingetrübt wird das Bild allenfalls von der Krise in der Ukraine. Politik und Öffentlichkeit in Polen befürworten deutlichere Worte gegenüber dem Kreml. Von der Vorgehensweise der deutschen Regierung zeigen sie sich eher enttäuscht, denn man glaubt nicht, dass sich der russische Präsident nur mit Worten beschwichtigen lasse. Für Kritik gegenüber Deutschland sorgen auch die Geschäftsbeziehungen nach Russland. In den Augen der polnischen Bevölkerung werden die Deutschen immer mehr als diejenigen gesehen, die nicht auf Seiten der um Freiheit kämpfenden Ukrainer stehen. Wenn Berlin in dieser Form wahrgenommen wird, kann dies negative Auswirkungen auf die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen haben. Gegenwärtig gewinnen antideutsche Stimmen auf der politischen Bühne an Zuspruch. Daher ist es unbedingt an der Zeit, wieder aktiver zu werden, wenn das, was in den vergangenen 25 Jahren gemeinsam erreicht wurde, fortgesetzt werden soll.